

Zur Ökonomie politischer Systeme

Bearbeitet von
Heiko Gerschkat

1. Auflage 2010. Buch. 186 S. Hardcover
ISBN 978 3 631 59700 2
Format (B x L): 14,8 x 21 cm
Gewicht: 410 g

[Wirtschaft > Wirtschaftspolitik, Öffentliche Wirtschaftsbereiche > Wirtschaftspolitik](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

„Institutionen sind die Spielregeln einer Gesellschaft oder, förmlicher ausgedrückt, die von Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion.“
Douglass C. North, 1992

1. Einleitung

Effizienz im ökonomischen Kontext bezeichnet „... den möglichst effektiven Einsatz der Ressourcen einer Gesellschaft zur Befriedigung der Wünsche und Bedürfnisse ihrer Menschen“ (Samuelson/Nordhaus, 2005, S. 21). Diese oder vergleichbare Definitionen stehen üblicherweise in volkswirtschaftlichen Lehrbüchern, welche einleitend genutzt werden, um die Notwendigkeit der Volkswirtschaftslehre an sich zu begründen. Ressourcen sind nur begrenzt verfügbar, so dass deren Einsatz möglichst effizient geschehen sollte. Hierzu kann die Volkswirtschaftslehre wichtige Erkenntnisse und Impulse liefern.

Ökonomien stellen unbestritten enorm komplexe Gebilde individueller Handlungen dar. Gleichzeitig kann das individuelle Handlungsspektrum einer Gesellschaft aber durch allgemein verbindliche Rahmenbedingungen eingeschränkt werden. Automatisch stellen sich dann die Fragen, wer solche Rahmenbedingungen beschließen bzw. auch durchsetzen kann, aber vor allem, welche allgemein verbindlichen Rahmenbedingungen für eine Gesellschaft inhaltlich gelten sollen. Erstere Frage kann realitätsfern mit individueller Einstimmigkeit oder realitätsnah mit der Implementierung herrschaftlicher Institutionen beantwortet werden. Letztere Frage muss dann realitätsnah mit der durch die implementierten Institutionen bestimmten Beziehung zwischen dem Prinzipal (Gesellschaft) und dem Agenten (Politiker) beantwortet werden.

Ressourcen sind nur begrenzt verfügbar. Diese Tatsache wird beispielsweise in der Diskussion um die deutsche Energiepolitik mehr als deutlich. Einerseits wurde zwar schon vor mehreren Jahren der Ausstieg aus der Atomenergie politisch beschlossen. Andererseits verursachen historisch hohe Rohölpreise eine Steigerung der nationalen Inflationsrate mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die deutsche Konjunktur. Es verwundert daher nicht, dass mittlerweile der deutsche Atomausstieg wieder ergebnisoffen hinterfragt wird, übrigens auch aus einem umweltpolitischen Blickwinkel.

Wie würde die deutsche Energiepolitik gestaltet werden, wenn eine Volksabstimmung durchgeführt würde? Würde sich diese ändern, wenn Deutschland eine Präsidialdemokratie wäre? Dies alles sind spezielle Fragen in einem speziellen

Kontext. Doch verdeutlichen sie im Allgemeinen, dass politische Entscheidungen (nicht nur) enorme Auswirkungen auf die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft haben.

1.1 Problemstellung und Zielsetzung

Institutionen – verstanden als die Spielregeln einer Gesellschaft – definieren im Allgemeinen die Rahmenbedingungen individueller und kollektiver Entscheidungsspielräume einer Gesellschaft (North, 1992, S. 3). Die politische Dimension solcher Spielregeln wird im Speziellen unter dem Begriff der „politischen Systeme“ subsumiert. Politische Systeme bestimmen also exklusiv die Rahmenbedingungen für kollektive Entscheidungsfindungen einer Gesellschaft. Dabei ist theoretisch eine nahezu unendliche Variantenvielfalt denkbar. Das Spektrum reicht von politischen Systemen, in denen überhaupt keine Herrschaft ausgeübt wird, bis hin zu Systemen, in denen nur ein Individuum die politische Herrschaft über eine gesamte Gesellschaft übernimmt. Ersteres Extrem wird im herkömmlichen Sprachgebrauch mit *Anarchie* beschrieben, letzteres Extrem wird mit (totalitären) *Autokratien* gleichgesetzt. Politische Systeme, in denen die Mehrheit einer Gesellschaft politische Entscheidungen trifft, werden als *Demokratien* bezeichnet. Diese dreistufige „herrschaftliche“ Klassifizierung der in der Realität existierenden politischen Systeme bildet jedoch eine sehr hohe Aggregations-ebene ab. Tatsächlich existieren insbesondere im Bereich der Demokratien zahlreiche Subtypen, die sich elementar voneinander unterscheiden. Zum einen sei hier die Verteilung politischer Entscheidungsmacht in der Gesellschaft (direkte vs. repräsentative Demokratie) genannt, zum anderen die Regierungsform (Präsidentialdemokratie vs. parlamentarische Demokratie).

Politische Systeme sind verschieden. Es stellt sich die Kernfrage, ob und wie die damit implementierten politischen Spielregeln den politischen Entscheidungsprozess auch inhaltlich beeinflussen. Aus einem ökonomischen Blickwinkel stehen daher die Auswirkungen politisch-institutioneller Rahmenbedingungen auf die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft im Fokus dieser Arbeit.

Politische Systeme bestimmen das einer Gesellschaft zur Verfügung stehende kollektive Entscheidungsverfahren. Während in Autokratien definitionsgemäß eine Minderheit politische Entscheidungen treffen kann, ist hierfür in Demokratien idealtypisch eine gesellschaftliche Mehrheit erforderlich. Es gilt also darzustellen, welche Interessen politische Entscheidungsträger in beiden Systemen verfolgen und wie sich diese aufgrund des jeweiligen kollektiven Entscheidungsverfahrens voneinander unterscheiden. Die Alternative zu Herrschaftssystemen ist der generelle Verzicht auf kollektive Entscheidungsverfahren, wie es ein anarchisches

System vorsieht. In diesem Kontext muss somit geklärt werden, ob ohne Instrumente einer Herrschaftsausübung individuelle Entscheidungsverfahren überhaupt funktionieren können. Eine Negierung dieses Sachverhalts würde somit gleichzeitig die Notwendigkeit politischer Herrschaftssysteme an sich begründen.

Politische Entscheidungen beeinflussen zweifellos eine Volkswirtschaft. Insbesondere die Generierung herrschaftlicher Einnahmen auf Kosten der Gesellschaft bedingt gesamtwirtschaftliche Anreizverzerrungen. Andererseits können diese Einnahmen jedoch auch gesellschaftlichen Nutzen stiften, sofern sie zweckmäßig eingesetzt werden. Es muss also untersucht werden, inwieweit politische Systeme das Ausmaß von Steuererhebungen und die Bereitstellung öffentlicher Güter beeinflussen. Ein ebenso wichtiger Aspekt betrifft die Anfälligkeit für Korruption und Rent-Seeking politischer Systeme, da beide Phänomene künstliche Renten für gesellschaftliche Minderheiten auf Kosten der Allgemeinheit schaffen. *Mancur Olsons* „Theorie von der Macht“ hat bereits eine systematisierte Antwort auf diese Fragestellung im Kontext einer dichotomen Unterscheidung politischer Systeme in Autokratie und Demokratie geliefert (Olson, 2002). Demnach stellt aus dem Blickwinkel der politischen Entscheidungsträger das institutionell bedingte *Interesse* an der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt die entscheidende Variable dar. *Bruce Bueno de Mesquita* et al. haben u.a. auf Basis dieses Ansatzes die *Wählerschaftstheorie* (Selectorate Theory) entwickelt, die in der Lage ist, detailliertere Klassifizierungen politischer Systeme und deren Auswirkung auf die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft zu ermöglichen (de Mesquita et al., 2005). Auf dieser Grundlage erfolgt auch eine Überprüfung, inwieweit direkt-demokratische Elemente mit den genannten theoretischen Modellen kompatibel sind. Schließlich kann die Frage nach der Beeinflussung der ökonomischen Leistungsfähigkeit durch politische Systeme auf Basis eines theoretischen Ansatzes beantwortet werden.

Jede Theorie und die daraus abgeleiteten Hypothesen müssen sich an der Realität messen lassen. Hierfür ist der gewählte theoretische Ansatz sowohl anhand des bisherigen Forschungsstands als auch auf Basis eigener empirischer Berechnungen auf Kompatibilität mit der Realität zu überprüfen.

Es erfolgt insgesamt somit ein sowohl theoretischer als auch empirischer Beitrag zur Ökonomie politischer Systeme.

1.2 Vorgehensweise und Aufbau

Kapitel 2 ist der Bestimmung der theoretischen Grundlagen gewidmet. Es erfolgt eine inhaltliche Beschreibung und Klassifizierung politischer Systeme aus dem Blickwinkel der Politikwissenschaft. Diese „Institutionenpakete“ werden in den

folgenden Kapiteln mittels des Instrumentariums der *politischen Ökonomie* analysiert, weshalb in diesem Kapitel auch die grundlegenden Annahmen dieses theoretischen Gedankengerüsts dargestellt werden.

Auf den theoretischen Erkenntnissen aus Kapitel 2 aufbauend, stellt sich in Kapitel 3 die zentrale Frage, welche Entscheidungsverfahren systembedingt im Dreiklang der Anarchie, Demokratie und Autokratie vorgegeben sind. Hieraus werden die grundlegenden Interessen politischer Entscheidungsträger und die idealtypische Funktionsweise politischer Prozesse der jeweiligen politischen Systeme abgeleitet. Besonders intensiv wird dabei auf anarchische und autokratische Systeme eingegangen, da diese in der deutschsprachigen Literatur im Vergleich zu Demokratien eher vernachlässigt wurden.

In Kapitel 4 wird die Frage behandelt, wie politische Systeme die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft beeinflussen. Konkret werden die Bereiche Besteuerung, Bereitstellung öffentlicher Güter, Eigentumsrechte und Rent-Seeking bzw. Korruption betrachtet. Determinante der Analyse stellen die Interessenkonstellationen politischer Entscheidungsträger im Kontext einer systembedingt minimalen zu berücksichtigenden politischen Mehrheit dar. Als theoretische Basis werden die Modelle nach *Olson* und *de Mesquita* et al. genutzt, deren Kernaussagen und Gemeinsamkeiten aufgezeigt werden (*Olson, 2002; de Mesquita et al., 2005*).

In Kapitel 5 werden die theoretischen Erkenntnisse und Hypothesen aus Kapitel 4 überprüft. Hierzu wird sowohl der bisherige Forschungsstand skizziert als auch eigene neue Evidenz in den Kategorien Wirtschaftswachstum, ökonomische Freiheitsrechte im Allgemeinen, Eigentumsrechte im Speziellen und Korruption hinzugezogen.

In Kapitel 6 erfolgt eine Zusammenfassung der wesentlichen theoretischen und empirischen Ergebnisse und den daraus abgeleiteten Folgerungen.